Kaukasus-Region

Kirchen besorgt um Situation in Bergkarabach

Die zwischen 2006 und 2019 erbaute Stepanakert-Kathedrale in der gleichnamigen Stadt in Bergkarabach
Quelle: Wikimedia

Anlässlich einer gemeinsamen Fachtagung zur Gefährdung des christlichen Kulturerbes in Bergkarabach haben verschiedene Kirchen ihre Sorge vor einer weiteren Verschärfung des Konfliktes in der von Armeniern bewohnten Kaukasus-Region ausgedrückt.

Durch den von Ende der 1980er-Jahre bis heute anhaltenden militärischen Konflikt um Bergkarabach hätten nicht nur die dort lebenden Menschen gelitten, sondern seien laut einer gemeinsamen Pressemitteilung der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auch die bedeutenden Kulturgüter in einer der ältesten christlich geprägten

Weltgegenden betroffen. Viele christliche Klöster und Kirchen, zum Teil mehr als 1'000 Jahre alt, seien von der Entwidmung und Zerstörung bedroht. Inschriften und Grabmäler würden aus identitätspolitischen Gründen vernichtet.

In den letzten Monaten habe sich auch die Lebenssituation in der völkerrechtlich umstrittenen Region verschlechtert. Durch die Blockade des Latschin-Korridors, der das armenisch besiedelte Bergkarabach mit Armenien verbindet, und den Aufmarsch massiver Truppenkontingente an den Grenzen hätten sich die Konflikte im Südkaukasus erneut verschärft. Es drohe eine humanitäre Katastrophe.

Solidarität und Gebet

Die Organisatoren der Konferenz unterstützten daher den Aufruf zum Gebet für Frieden und Solidarität der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) vom 23. März 2023. «Angesichts der bedrohlichen und für die Menschen der Region zunehmend untragbaren Situation rufen wir zu Solidarität und Gebet auf», erklärt der Primas der Armenischen Apostolischen Kirche in Deutschland, Bischof Serovpé Isakhanyan. «Durch die Blockade des Latschin-Korridors sind 120'000 Menschen in Arzach von der Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern abgeschnitten.»

Bischof Dr. Bertram Meier, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, betonte die Notwendigkeit einer politischen Antwort auf die Krise: «Es ist unsere Aufgabe als Christen, den Dialog zwischen den verschiedenen Völkern, Religionen und politischen Überzeugungen anzuregen, damit unseren Geschwistern im Südkaukasus ein Zusammenleben in Frieden und Versöhnung möglich ist. Wir rufen auch die Europäische Union auf, sich zum Wohle aller Menschen in der Region und zum Erhalt der jahrtausendealten Kultur für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen.»

Für die EKD unterstrich die Leiterin der Ökumene- und Auslandsarbeit, Bischöfin Petra Bosse-Huber: «Wir bitten Gott darum, weitere Gewalt an den Grenzen Armeniens zu verhüten, und darum, denen, die Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tragen, Wege zu zeigen, wie sie angesichts immer weiter wachsender Feindschaft zum Wohle aller handeln können.»

Zum Thema:
Berg-Karabach: «Noch ein Völkermord darf nicht zugelassen werden»
Christliche Kulturgüter bedroht: Armenien fürchtet um Totalverlust von Bergkarabach

Proteste in Genf und Bern: Forderung der Aufhebung der Blockade von Berg-Karabach

Datum: 06.05.2023
Quelle: APD

Tags